



## Grenzen über die Europameisterschaft hinaus schützen

Unser heutiges Leben in Europa wäre ohne offene Grenzen nicht mehr vorstellbar. Seien es die Pendler, die Touristen, die Studenten, die Geschäftsleute, oder auch die unzähligen Waren und Güter, die in der EU täglich Grenzen überqueren: Die offenen Grenzen sind ein Fundament unseres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.

Offene Grenzen sind allerdings keineswegs mit ungeschützten Grenzen gleichzusetzen. Freiheit und Sicherheit schließen sich nicht aus, im Gegenteil. Offene Grenzen setzen eine ausreichend hohe Sicherheitslage voraus. Die europäischen Staaten haben ihre Grenzen in der Annahme geöffnet, dass sie sicher bleiben – sei es durch den Schutz der europäischen Außengrenze, sei es durch den Schutz der nationalen Grenzen. Der Schengener Grenzkodex erlaubt es den EU-Staaten ausdrücklich, ihre Grenzen bei Bedarf zu schützen. Das ist rechtlich zwar als Ausnahme konzipiert, ein Blick auf die Realität zeigt aber, dass Grenzkontrollen überall in der EU seit Jahren die Regel sind. Die größte Gefahr für offene Grenzen sind demnach nicht Grenzkontrollen, sondern Unsicherheit und der wahrnehmbare Kontrollverlust über Menschenschleusung, Drogenschmuggel und unerlaubte Einreisen. Der Vertrauensverlust in sichere Grenzen war nicht nur eine prägende Motivation für den Brexit sondern auch für den jüngsten Wahlerfolg des Rassemblement National (« *double frontière* »). Putin und seine Schergen nutzen illegale Migration seit Jahren gezielt als Waffe gegen Demokratie und Stabilität in Europa. Es gilt, das Vertrauen in die Sicherheit unserer Grenzen zu stärken, gerade damit wir weiterhin offene Grenzen in Europa haben können.

Seit dem 7. Juni 2024 schützt die Bundespolizei alle land-, luft-, und seeseitigen deutschen Grenzen. In diesen drei Wochen vollstreckte die Bundespolizei an den Grenzen 603 offene Haftbefehle – mehr als ein Haftbefehl pro Stunde –, stellte 85 Fahndungstreffer mit Bezügen zur politisch-motivierten Kriminalität fest, nahm 150 Schleuser fest, und stellte 4.659 unerlaubte Einreisen fest. Von diesen wurden mehr als zwei Drittel zurückgewiesen, 346 Zurückweisungen betrafen sogar Personen, die zuvor bereits abgeschoben wurden (Wiedereinreisesperre). Rund ein Drittel der unerlaubten Einreisen sind dabei an den Grenzen zu Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlanden, Dänemark sowie im See- und Luftverkehr festgestellt worden. Das zeigt, wie wichtig die Grenzkontrollen langfristig auch über die bisherigen Maßnahmen zu Österreich, Polen, Tschechien und der Schweiz hinaus sind. Diese Maßnahmen können ohne gravierende Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr durchgeführt werden – was auch ganz praktisch zeigt, dass kontrollierte Grenzen eben auch offene Grenzen bleiben. Die Bundespolizei hat hinreichende Erfahrungen, um die Kontrollen so flexibel und lageangepasst vorzunehmen, dass Auswirkungen auf die Öffentlichkeit minimiert werden.

Deswegen fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, die Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen bis auf weiteres über die Dauer der Fußball-Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Bundespolizei so langangepasste Grenzkontrollen zu ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



der Staat hat die Verpflichtung, die verletzlichen Personen – neben Kindern insbesondere auch Frauen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung – besonders zu schützen. Leider müssen wir tagtäglich von Messerangriffen – nicht selten mit tödlichem Ausgang –, sexuellen Übergriffen und Gewalt gegen

Frauen lesen. Das sind keine tragischen Einzelfälle, dies belegt die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik und das Lagebild "Häusliche Gewalt". Im Jahr 2023 wurden über 256.000 Menschen - meist Frauen - in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 6,5 Prozent. 155 Frauen und 24 Männer sind im Jahr 2023 durch ihre Partner oder Ex-Partner getötet worden. Und im Durchschnitt gibt es jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen in Deutschland. Die Gewaltkriminalität stieg im letzten Jahr gar um 8,6 Prozent und befindet sich inzwischen auf dem höchsten Stand seit 2007. Zu dieser Steigerung beigetragen haben nicht zuletzt die inzwischen knapp 9.000 Messerangriffe. Diese Zahlen sind eine bittere Mahnung an uns als Gesetzgeber. Wir als Unionsfraktion lassen es nicht zu, dass die Bundesregierung sie einfach abheftet und zur Seite legt! Genau so macht es aber die Ampel: die letzte substantielle kriminalitätspolitische Maßnahme, auf die sich diese Ampel-Regierung noch einigen konnte, war die Freigabe von Cannabis.

Wir hingegen legen diese Woche mit unserem Gesetzentwurf ein Bündel von Maßnahmen vor, mit dem wir vor allem besonders verletzte Personen besser vor Gewalttaten schützen. Wir regeln die elektronische Fußfessel zur wirksamen Kontrolle von Schutzmaßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz. Im Strafrecht wollen wir das Merkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ beim Mord sowie bei der gefährlichen Körperverletzung und dem schweren Raub einführen. Ebenfalls zum Schutz von Frauen wollen wir das Mindeststrafmaß für Gruppenvergewaltigungen auf 5 Jahre heraufsetzen. Gewalt darf nicht immer mehr zur alltäglichen Realität in unseren Städten werden. Deshalb sollen die Geldstrafen bei Körperverletzungen im Normalfall mindestens 90 Tagessätze betragen. Wer eine Körperverletzung mit einer Schusswaffe oder einem Messer verübt, soll für mindestens ein Jahr hinter Gitter.

Wer wie die Bundesinnenministerin die Mordtaten ausländischer Täter hingegen als Integrationsversagen der deutschen Gesellschaft verharmlost, verspielt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat leichtfertig. Unser Gesetzentwurf hingegen unterstreicht: als Union stehen wir ohne Wenn und Aber für einen schützenden und strafenden Rechtsstaat.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

## 75 Jahre NATO – Eine einzigartige Erfolgsgeschichte



75 Jahre NATO bedeutet 75 Jahre Freiheit und Sicherheit in Europa und Nordamerika. Aus Anlass des Jubiläums würdigte der Bundestag die Bedeutung der transatlantischen Allianz mit einer engagierten Debatte. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion sprachen von einer einzigartigen Erfolgsgeschichte. Sie drangen allerdings auch darauf, dass Europa künftig mehr Verantwortung innerhalb des Bündnisses übernimmt.

„Die NATO ist mehr als die Summe ihrer Einzelteile“, sagte der außenpolitische Sprecher der Union, Jürgen Hardt. Abschreckung und Verteidigung ließen sich im Bündnis effektiver organisieren als von den Mitgliedstaaten alleine, sagte Hardt mit Blick auf das Versprechen der NATO-Mitglieder zu gegenseitigem Beistand, das im Artikel 5 verankert ist. Der Fachsprecher für Krisenprävention, Roderich Kiesewetter, sprach von einer „Rückversicherung für eine Milliarde Menschen“.

Die NATO, die vor Jahren vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump für obsolet und vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron für hirntot erklärt worden war, hat angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine erneut große Bedeutung bekommen – als Bollwerk gegen den Versuch, die regelbasierte internationale Ordnung auszuhöhlen. „Fatale Irrtümer in der Rückschau“, nannte der CDU-Fachpolitiker Peter Beyer die damaligen Bewertungen. Inzwischen sei die NATO zusammengerückt und um die skandinavischen Mitglieder Schweden und Finnland erweitert.

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen in den USA rief Jürgen Hardt dazu auf, die Rolle Europas im Bündnis zu stärken. Denn egal, wer die Wahlen gewinne: Der neue Präsident werde von Europa mehr sicherheitspolitisches Engagement verlangen. Hardt lobte den Plan der erneut als EU-Kommissionspräsidentin nominierten Ursula von der Leyen, einen Kommissar für Verteidigung und Rüstung zu ernennen. Er forderte eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik, die Beschaffung, Export und Ausbildung am Gerät beinhalten müsse.

*Fotos: Tobias Koch / Daniel Königs*

## Bundesbeteiligung an kommunalen Mehrausgaben reicht nicht ansatzweise aus

Die Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Mehrausgaben ist immerhin ein Einstig in eine ‚atmende‘ Beteiligung, die sich an der Zahl der tatsächlich zu betreuenden Personen orientiert. Aber verglichen mit dem, was frühere unionsgeführte Bundesregierungen den Kommunen erstattet haben, bleibt die aktuelle Bundesbeteiligung ein Armutszeugnis – und bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Weder sind die 7.500 Euro pro Person und Jahr auskömmlich – noch werden die für 2024 veranschlagten pauschalen Abschlagszahlungen ausreichen. Das Ziel muss sein, die Kosten durch eine deutlich reduzierte Zuwanderung deutlich zu senken. Hier tut die Bundesregierung viel zu wenig. Das Gleiche gilt auch für die Bundesbeteiligung an den Kosten der kommunalen Wärmeplanung. 100 Millionen Euro pro Jahr sind mehr als nichts – aber auch nicht mehr und schon gar nicht auskömmlich. Der Bund bestellt und lässt die Kommunen auf den Kosten sitzen – ein Problem, das sich bereits durch die ganze Wahlperiode zieht. Die jährliche Belastung aus den bislang von der Ampelkoalition verabschiedeten Gesetzen liegt in der laufenden Wahlperiode und auch ab 2026 bei über 4,3 Milliarden Euro. Der überwiegende Teil des Kommunaldefizits im vergangenen Jahr ist bundesgemacht. Die Ampelkoalition trägt damit zur strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen bei und bringt die kommunale Leistungsfähigkeit in akute Gefahr.

Mehr als 15.000 Euro geben die Kommunen jährlich pro Person allein für Unterkunft und Verpflegung von Asylbewerbern und Geduldeten aus. Dazu kommen noch Ausgaben für Betreuung in Kindertagesstätten und Schule, für Gesundheit und für die Kosten der Unterkunft bei anerkannten Asylbewerbern. Der Bund wird sich künftig mit 7.500 Euro pro Asylbewerber und Jahr an den kommunalen Mehrausgaben beteiligen – vor einer späteren Spitzabrechnung zunächst mittels pauschaler Abschlagszahlungen über die Umsatzsteuerbeteiligung der Länder. Für die kommunale Wärmeplanung stellt der Bund für fünf Jahre jährlich nur 100 Millionen Euro bereit.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 12/2024,  
05. Juli 2024

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck